

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	06.09.2007

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld (SI/5647/07) am 05.09.2007**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans Jürgen Vitenius:**

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Hans-Peter Degen, Herr Franz-Josef Kirch, Herr Stefan Kleusch, Frau Andrea Knorr, Herr Joachim Knorr, Herr Karl-Heinz Krieglstein,

#### **von der SPD-Fraktion**

Frau Karin Ernst, Herr Stv. Thomas Kring, Frau Ursula Kring, Herr Jörg-Henning Schwerdt,

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Klaus-Dieter Lüdemann, Frau Stv. Gerta Siller, Herr Dirk Wallraf,

#### **von der FDP**

Herr Dirk-Henrik Hülper,

#### **von der WfW-Fraktion**

Herr Ralf Michael Erich Streuf,

#### **von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Cemal Agir,

#### **als beratendes Mitglied**

Herr Stv. Geisendörfer,

#### **von der Polizei**

Herr Janssen, Herr Fuhrmeister,

#### **von der Verwaltung**

Frau Lockemann, Herr Golinski – R Straßen und Verkehr,

**als Gäste**

Frau Sprenger – GMW, Herr Meckel, Herr Wendtland – Deutsche Telekom, Frau Schulten, Herr Weyland – Fa. ORG.BERATUNG Schulten und Weyland.

Nicht anwesend ist:

**von der SPD-Fraktion**

Herr René Schunck.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Der **Bezirksvorsteher** verabschiedet Herrn Janssen als Vertreter der Polizei und stellt seinen Nachfolger, Herrn Fuhrmeister, vor.

Außerdem regt er an, den Antrag der IGen Elberfeld und Friedrich-Ebert-Straße als neuen TOP 6 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die **BV** ist einverstanden.

## Öffentliche Sitzung

---

1

### Bezirksjugendrat

Es ist wiederum kein Mitglied des Bezirksjugendrates anwesend. Der **Bezirksvorsteher** erwartet eine Klärung zukünftiger Zusammenarbeit zwischen Bezirksjugendrat Elberfeld und der BV.

---

2

### Sachstand Schwimmpoper - Zwischenbericht

**Frau Sprenger** berichtet, dass der Zeitplan vorsehe, bis Ende Oktober die Abbrucharbeiten innerhalb des Gebäudes zu beenden. Der Rohbau solle bis Mitte 2008 stehen, für den Innenausbau sei etwa ein Jahr vorgesehen, sodass von einer Fertigstellung bis Herbst 2009 ausgegangen werden könne.

Es habe sich herausgestellt, dass wegen des angedachten Saunagartens eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich sei, weil die Baugrenzen nicht ganz eingehalten werden könnten. Um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, sei der Bauantrag jetzt erst einmal ohne Saunagarten gestellt worden. Parallel dazu werde aber eine Änderung des B-Planes eingeleitet.

Des Weiteren schildert sie die Probleme mit dem Denkmalschutz. So müssten beispielsweise die alten Treppenhäuser einschl. Mosaikflächen und Heizkörper komplett erhalten werden, auch wenn diese anschließend ohne jede Funktion seien. Es habe viele Diskussionen mit der Denkmalbehörde gegeben und letztendlich viele Kompromisse zwischen Denkmalschutz und Funktionalität. Am Ende würden durch die Beachtung der Denkmalschutzbestimmungen ca. 200 – 300.000 € Mehrkosten entstehen. Außerdem müsse mit höheren Energiekosten gerechnet werden, weil durch den Zwang einer Erhaltung der Fliesen an der Außenfassade keine Dämmung vorgenommen werden könne.

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass es sich bei der Schwimmpoper um ein Denkmal von außerordentlichem Rang handele. Sie sei froh darüber, dass die Denkmalbehörde hier etwas genauer hinsehe. Natürlich dürfe darüber die Funktionalität nicht leiden.

Die **anderen Fraktionen** begrüßen ebenfalls, dass hier versucht werde, einen vernünftigen Kompromiss zwischen Denkmalschutz und modernem Bad zu finden und wünschen gutes Gelingen.

Der **Bezirksvorsteher** bedankt sich für den Zwischenbericht und bittet, die BV im nächsten Jahr zu einer Besichtigung der Baustelle einzuladen.

**Frau Sprenger** sagt dies zu.

---

3

### Problematik bei der Aufstellung der neuen DSL-Verteilerkästen am Beispiel eines Grundstücks Im Ostersiepen

**Herr Meckel** stellt die Ziele des High-Speed-Netzes dar und erklärt, dass Wuppertal zu den ersten 20 Städten gehöre, die mit dieser Technik ausgestattet würden. Der Ausbau in Wuppertal solle bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Insgesamt habe die Telekom den Neu- oder Überbau von 1.400 Verteilerkästen beantragt, 800 seien von der Stadt genehmigt worden. Damit werde eine Abdeckung von 90 % des Stadtgebietes erreicht. In Elberfeld würden 48 neue Kästen errichtet und 64 an den alten Standorten überbaut.

Die Frage der **SPD-Fraktion** nach Alternativen zu diesen großen Kästen verneint er.

**Frau Lockemann** zeigt das Genehmigungsverfahren in der Verwaltung auf und weist darauf hin, dass die Zustimmung nach den gesetzlichen Vorgaben nur bei gravierenden Problemen verweigert werden dürfe. Es seien fünf Ressorts – Stadtentwicklung und Städtebau, Grünflächen, Straßen und Verkehr, Denkmalschutz und Umweltschutz – im Verfahren eingebunden.

Die **SPD-Fraktion** möchte wissen, wo denn die Information des betroffenen Hauseigentümers bleibe.

**Frau Lockemann** erklärt, dass die Verwaltung sich entschieden habe, keine Einzelankündigungen vorzunehmen, sondern die Bevölkerung allgemein über die Presse zu informieren und mögliche Einwände Betroffener „nachträglich“ zu bearbeiten.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** kann dieses Vorgehen nicht nachvollziehen. Die Hauseigentümer würden vor vollendete Tatsachen gestellt und müssten dann mit diesen großen Kästen vor ihrem Haus leben. Gerade in Vierteln mit vielen denkmalgeschützten Gebäuden erwarte sie ein sensibleres Vorgehen. Ganz konkret möchte sie wissen, ob ein Verteilerkasten in der Luisenstraße im Bereich der Gaststätte Katzensgold genehmigt sei oder nicht. Grundsätzlich müsse man sogar davon ausgehen, dass diese Kästen in 10 Jahren wegen anderer Techniken evtl. schon wieder abgebaut werden könnten.

**Herr Stv. Geisendörfer** verweist noch einmal auf den Verteilerkasten vor dem Gebäude der Fa. Delphi, der eine Stadtbildverschandelung darstelle.

**Herr Hülper** stellt fest, dass fast alle Bürger froh und dankbar über die neue Technik seien.

Er ist der Meinung, dass die Verwaltung durch ihr Vorgehen eine Beschleunigung des Verfahrens erreichen wolle, was ja eigentlich nur zu begrüßen sei. Wenn alle – auch Bürger – gefragt würden, ziehe sich das Verfahren unendlich hin.

Der **Bezirksvorsteher** hält nach wie vor die Informationspolitik der Verwaltung für zumindest hinterfragbar und möchte wissen, wie dies in anderen Städten, die bereits mit dieser Technik ausgestattet seien, gehandhabt wurde.

**Herr Wendtland** erklärt, dass das Verfahren in allen Städten in etwa gleich gelaufen sei.

Man müsse auch berücksichtigen, dass die Telekom ein auf Gewinn ausgerichtetes Wirtschaftsunternehmen sei. Folglich hätten Verzögerungen im Verfahren durchaus dazu führen können, dass Wuppertal nicht schon zu einem so frühen Zeitpunkt mit dieser neuen Technik ausgestattet worden wäre. Auf die Frage von **Herrn Lüdemann**, ob es in anderen Städten Probleme mit der Lärmbelästigung durch die Verteilerkästen gegeben habe, räumt er ein, dass es anfangs zu Anwohnerbeschwerden gekommen sei, weil die empfindliche Technik an heißen Tagen gekühlt und an sehr kalten Tagen beheizt werden müsse. Die Beschwerden seien aber inzwischen deutlich zurückgegangen.

Der **Bezirksvorsteher** hebt abschließend noch einmal hervor, dass die neue Technik von allen begrüßt werde. Lediglich die mangelnde Information der Bürger durch die Verwaltung biete Anlass zur Kritik, wenn auch in der heutigen Diskussion klar geworden sei, warum die Verwaltung diesen Weg gewählt habe.

stehende Ladenlokale in ausgewählten Problembereichen der Stadt wie z. B. der Elberfelder Nordstadt durch unentgeltliche Zwischennutzung zu reaktivieren und für eine dauerhafte Nutzung wieder vorzubereiten.

Dazu müssten Hauseigentümer und interessierte Nutzer zusammen gebracht werden.

Der Vorteil für die Hauseigentümer bestehe in der Senkung der Unterhaltungskosten für den Zeitraum der mietfreien Zwischennutzung. Interesse für dieses Projekt bestehe bei Existenzgründern, freischaffenden Künstlern, aber auch gemeinnützigen Vereinen, Schülerläden usw.

Auch Nahversorgungsmodelle könne man sich durchaus vorstellen.

Durch die Erstellung eines Leerstandskatasters sei festgestellt worden, dass in vier Stadtteilen 160 Ladenlokale leer stehen würden.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** regt Rundgänge mit Interessierten durch den Stadtteil an. Sie könne sich auch vorstellen, Klimaschutzprobleme und –maßnahmen in Ladenlokalen darzustellen.

Die **CDU-Fraktion** möchte wissen, wie hoch das Interesse der Hauseigentümer sei und wie es mit evtl. folgenden Dauernutzungen aussehe.

**Herr Weyland** kann darüber im Moment noch nichts sagen. Etwa in einem Jahr könne ein Zwischenfazit gezogen werden.

Die **SPD-Fraktion** weist darauf hin, dass eine Vielzahl von früheren Einzelhandelsstandorten heute nicht mehr notwendig seien. Deshalb müsse auch über die Umwandlung in Wohnraum nachgedacht werden.

**Frau Schulten** sieht eine Aufgabe der Zwischennutzungsagentur auch in der Beratung der Immobilienbesitzer über zukünftige Nutzungen. Darunter falle auch die evtl. Umwandlung in Wohnraum. Darüber hinaus gehe es auch darum, Hauseigentümer auf die verschiedenen Programme zur Wohnumfeldverbesserung aufmerksam zu machen.

Der **Bezirksvorsteher** bedankt sich für die Information und bittet um einen Zwischenbericht in einem Jahr.

---

**5 Robert-Daum-Platz - Schließung der Tunnel und Anlegung von Fußgängerüberwegen**  
**Vorlage: VO/0437/07**

**Herr Golinski** stellt anhand eines Planes die Maßnahme vor, die von **allen Fraktionen** begrüßt wird.

Die **SPD-Fraktion** möchte darüber hinaus wissen, wie die Probleme einer Sperrung der Tannenbergstraße im nächsten Jahr durch Tiefbauarbeiten der WSW und Telekom gelöst werden sollen.

**Herr Golinski** kündigt für eine der nächsten Sitzungen die Vorstellung eines Verkehrskonzeptes für verschiedene Baumaßnahmen in Elberfeld an.

Die **CDU-Fraktion** fragt, ob es nicht sinnvoll sei, auch westlich des Robert-Daum-Platzes einen Fußgängerüberweg anzulegen.

**Herr Streuf** stellt die gleiche Frage, möchte aber auch wissen, ob nicht der kleinere Tunnel erhalten bleiben könne und ob die Kreuzung überhaupt in der Lage sei, die zusätzlichen Ampelphasen für Fußgänger aufzunehmen.

**Herr Golinski** will die Frage nach einem zusätzlichen Fußgängerüberweg einer

Prüfung unterziehen, stellt fest, dass die Tunnel auch aus Unterhaltungskostengründen geschlossen würden und räumt ein, dass es wegen der zusätzlichen Fußgängerkreuzungen durchaus zu Schwierigkeiten bei der Verkehrsbelastung der Kreuzung kommen könne.

**Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 05.09.2007:**

Es wird den nachfolgenden Gremien empfohlen, wie folgt zu beschließen:

**Entscheidung durch den Verkehrsausschuss:**

Die Durchführung der Arbeiten zur Schaffung behindertengerechter signalisierter Fußgängerüberwege im Bereich des Robert-Daum-Platzes einschließlich Verfüllen bzw. Schließen der vorhandenen Fußgängerunterführungen wird zu Gesamtkosten in Höhe von 748.500,00 € beschlossen.

**Entscheidung durch den Rat der Stadt:**

Im Teilergebnisplan 2007 wird für die Produktgruppe 5401 „Öffentliche Verkehrsflächen“ einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 148.500 € zugestimmt.

Zur Deckung der über den vorhandenen Haushaltsansatz hinausgehenden Kosten werden bei dieser Produktgruppe 148.500,00 € von den Mitteln für das Projekt 5.200003 „Gewerbeerschließung Kleine Höhe“ gesperrt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

6

**Sondernutzungserlaubnis für den Lichtermarkt**

**Herr Stv. Kring** nimmt wegen Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Die **CDU-Fraktion** zeigt sich überrascht, dass jetzt auch auf dem Laurentiusplatz in Abstimmung mit der IG 1 ein Weihnachtsmarkt durchgeführt werden solle.

**Frau Stv. Siller** und **Herr Knorr** wollen von **Herrn Stv. Kring** als Mit Antragsteller wissen, wie der Weihnachtsmarkt auf dem Laurentiusplatz ausgerichtet sei. **Frau Stv. Siller** spricht sich darüber hinaus dafür aus, die Zustimmung zu der Sondernutzungserlaubnis bis 2009 zu beschränken, da dann eine neue BV gewählt werde, die durchaus zu einer anderen Meinung kommen könne.

**Herr Stv. Kring** stellt als Mit Antragsteller dar, dass es der IG 1 um Planungssicherheit bis 2011 gehe.

Auf dem Laurentiusplatz solle ein kleiner Weihnachtsmarkt mit Glühweinständen, aber ohne Warenverkauf und u. U. mit Beteiligung der Kirchen stattfinden, der keine Konkurrenz zu dem Lichtermarkt der IG 1 bieten werde.

**Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 05.09.2007:**

Die Bezirksvertretung befürwortet eine Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis für die IG 1 bis 2011 und stimmt einem von der IG Friedrich-Ebert-Straße veranstalteten Weihnachtsmarkt auf dem Laurentiusplatz zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

---

7

**Freie Mittel**

- Antrag Kinderland \*
- Antrag auf Bezuschussung des ADA

**Antrag Kinderland**

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass viele Einrichtungen Probleme durch die Mittelkürzung haben würden, daher werde sie diesen Antrag ablehnen.

**Beschluss der Bezirksvertretung Elberfeld vom 05.09.2007:**

Der Antrag wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit

**Antrag auf Bezuschussung des ADA**

Der **Bezirksvorsteher** berichtet, dass dieser Antrag ohne Wissen des ADA gestellt worden sei. Er werde in der nächsten Woche Gespräche mit der Geschäftsführung des ADA sowie mit der Sparkasse führen, um zu ermitteln, auf welche Weise dem ADA geholfen werden könne. Er bittet Herrn Hülper, den Antragsteller entsprechend zu informieren.

---

8

**Berichte und Mitteilungen**

1. Protokolle zur Innenstadtbegehung am 15.08.2007
2. Verkehrsrowdy-Denunzianten
  - anonymes Schreiben eines Bürgers
  - erneutes anonymes Schreiben eines Bürgers

**Herr Streuf** meint, dass der unbekannte Mitbürger sich besser damit beschäftigen solle, nachts Busse auf „Problemstrecken“ zu begleiten.
3. Errichtung von thermischen Sonnenanlagen auf denkmalgeschützten Häusern in der Nordstadt
  - Schreiben der Hauseigentümer
  - Antwortschreiben des Bezirksvorstehers
4. Verkehrsinformation WSW
5. Einladung Schulprojekt „Kinder können Klima...“
6. Ausstellung 200 Jahre Parkanlage Hardt
7. Erläuterungen zu den Erklärungen über die Funktionslosigkeit von Festsetzungen in Bauleitplänen (Obsoleszenzerklärung)
  - Information R Bauen und Wohnen

8. Markierung und ergänzende Beschilderung Jägerhofstraße im Bereich der Einmündung Freudenberger Straße  
- Verfügung R Straßen und Verkehr

Der **Bezirksvorsteher** betont, dass es sich hier noch nicht um die von der BV geforderte Lösung der beobachteten umfassenderen Gefährdungsprobleme dieses Bereiches handelt.

9. Probleme mit Alkohol trinkenden Mitbürgern auf dem Platz der Republik  
- Schreiben von Anwohnern (zur Stellungnahme in der Verwaltung)

**Frau Stv. Siller** meint, dass die BV dieses Problem unbedingt thematisieren müsse. Es weite sich immer mehr aus.

**Herr Hülper** regt an, in diesem Zusammenhang auch einmal über eine Änderung der Straßennutzung nachzudenken.

Die **Geschäftsführerin** teilt mit, dass dieses Thema in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen werde.

10. Veranstaltungskalender  
- Mitteilung R Straßen und Verkehr
11. Erklärung des Rhein. Vereins f. Denkmalpflege zum Denkmalschutz für die Schwebebahn
12. Verkehrsinformationen WSW
13. Buslinie 628  
- erneute Stellungnahme der WSW

**Herr Thias** teilt mit, dass der Aufzug an der Kluse seit 14 Tagen nicht funktioniere. Es sei ein Schild angebracht mit der Aussage „durch mutwillige Zerstörung nicht in Betrieb“. Dies helfe aber den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt nicht und verschlechtere die Situation für die Bewohner der unteren Südstadt enorm.

Der **Bezirksvorsteher**

14. berichtet, dass die BV im Oktober in der Realschule Neue Friedrichstraße tagen werde, weil in den Sitzungsräumen der Fußbodenbelag ausgetauscht werde.
15. teilt mit, dass er erneut ein Schreiben hinsichtlich der Georg-Abeler-Treppe erhalten habe. Der Bürger habe Kostenvoranschläge für Drahtkorbbänke geschickt, obwohl die BV in der letzten Sitzung eindeutig gesagt habe, dass die letzte noch vorhandene Bank erst ausgetauscht werden solle, wenn sie nicht mehr benutzbar sei. Das Schreiben werde an die Verwaltung weiter geleitet.
16. schildert den Verlauf der Ortsbesichtigung in der Karl-Theodor-Straße mit dem Ergebnis, dass es keinen Sinn mache, die Verkehrsführung zu verändern. Die Verwaltung habe sich aber bereit erklärt, dort eine Woche lang\_24Std.-Frequenzmessungen durchzuführen, um das Verkehrsaufkommen festzustellen.
17. stellt fest, dass in der Pfalzgrafenstraße hinter dem vor einer Mauer platzierten Zaun starker Grünbewuchs festzustellen sei, der auf den



Gehweg\_und auch auf die Mauer übergreife.

18. teilt mit, dass es im IV. Quartal wieder den Gesprächskreis OB/Bezirksvertretungen geben werde und die Bven jetzt Themenvorschläge machen sollten. Er rege an, das Problem „Einklang des Denkmalschutzes mit modernen Energiegewinnungsanlagen“ zu thematisieren.

Die **SPD-Fraktion** regt zusätzlich einen Workshop zu diesem Thema an.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärt, da der OB z. Z. ja auch die Funktion eines Baudezernenten wahrnehme, möchte sie gerne über das Problem der seit Jahren baufälligen Häuser an der Deweerthstraße sprechen. Seit mehr als zwei Jahren sei dort der Bürgersteig und ein Teil der Straße gesperrt, ohne dass sich irgendetwas tue. Das sei so nicht mehr länger hinzunehmen.

19. berichtet, dass sich Frau Beig. Drevermann in der nächsten Sitzung als Patin der BV verabschieden werde. Nun müsse ein Nachfolger/eine Nachfolgerin gefunden werden. Der OB habe in einem Gespräch gesagt, dass sich die BV den neuen Paten/Patin selbst aussuchen solle. Nach ersten Überlegungen könne er sich die Herren Verst oder Lemmer in dieser Position vorstellen.

Hans Jürgen Vitenius  
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig  
Schriftführerin